

Pressespiegel zur Anregung an den Rat der Stadt und zur Ratssitzung am 5. Mai 2008 Initiativkreis „Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus“

Weitergabe an den Kulturausschuss

Keine Entscheidung über Ge-Denk-Zellen

30.04.2008 / Lokalausgabe / Westfälische Rundschau

Carsten Menzel

Die Frage, ob aus den ehemaligen Arrestzellen im Alten Rathaus eine Mahn- und Gedenkstätte wird, wird der Stadtrat am Montag an den Kulturausschuss weitergeben. Das wird die CDU beantragen – und die anderen Fraktionen werden dem Wunsch wohl folgen.

Die Frage, ob aus den ehemaligen Arrestzellen im Alten Rathaus eine Mahn- und Gedenkstätte wird, wird der Stadtrat am Montag an den Kulturausschuss weitergeben. Das zumindest wird die CDU beantragen – und die anderen Fraktionen werden dem Wunsch wohl folgen.

Die CDU als größte Fraktion hatte bereits im Vorfeld der seit einigen Wochen laufenden Diskussion über den Umgang mit den Arrestzellen angekündigt, dass sie gegen das Vorhaben der Initiative Ge-Denk-Zellen ist, ohne dass vorher eine historisch-wissenschaftliche Überprüfung der Zusammenhänge stattgefunden hat. Der Vorschlag der Union, der sich jetzt auch in ihrem Antrag wiederfindet: Museumsleiter Dr. Eckhard Trox und der Lüdenscheider Historiker Dr. Dietmar Simon sollen diese Arbeit leisten. Zudem soll Ausstellung über die Nazi-Zeit in den städtischen Museen neu konzipiert werden. Grundsätzliche Zustimmung kommt von der SPD, die aber ebenfalls vor einer Entscheidung den Kulturausschuss darüber befinden lassen möchte. Eine „sinnvolle, pädagogische Aufarbeitung ist für eine Dokumentationsausstellung notwendig“, erklärte Fraktionschef Harald Metzger. Allerdings könne sich die SPD auch damit anfreunden, die Aufarbeitung des Themas in die Ausstellung der städtischen Museen zu integrieren. Der CDU-Linie weitgehend angeschlossen haben sich FDP und Lüdenscheider Liste (LL). „In der vorliegenden Form gibt es keine Zustimmung“, urteilte FDP-Fraktionschef Bruno Schwarz über die Anregung der Ge-Denk-Zellen-Initiative an Rat. Eine Aufarbeitung innerhalb der Museumsausstellung ist den Freien Demokraten wesentlich lieber; die Zellen seien doch mehr ein Durchgangsgefängnis gewesen. „Für eine abschließende Entscheidung ist es zu früh“, fasste Gerd Schnell die Meinung der LL zusammen; deshalb sei eine Aufarbeitung durch die von der CDU benannten Historiker wünschenswert.

Breite Basis mit Landeszentrale und Volkshochschule



ehemaligen Arrestzellen.

Die Grünen stehen dem Projekt Ge-Denk-Zellen nach wie vor positiv gegenüber – möchten aber eine breite Basis über den Initiativkreis hinaus und die städtischen Museen, die Landeszentrale für politische Bildung und die Volkshochschule bei der Verwirklichung mit ins Boot holen. Die Alternative für Lüdenscheid (AfL) ist grundsätzlich für das Vorhaben der Initiative – hält aber die ehemaligen Arrestzellen für zu klein, um dort eine umfangreiche Dokumentation einzurichten. Außerdem gibt sie zu Bedenken, dass die Räume mittlerweile umgebaut worden sind: „Nur die Türen mit den Gucklöchern sind noch original“, berichtete Monika Oettinghaus von der AfL-Fraktion.

Im Keller des Alten Rathauses sind die

HINTERGRUND Anregung an den Stadtrat

30.04.2008 / Lokalausgabe / Westfälische Rundschau

Der Initiativkreis Ge-Denk-Zellen hat unter Berufung auf Paragraph 24 der Gemeindeordnung NRW eine Anregung an den Rat auf den Weg gebracht; sie steht in der Sitzung am kommenden Montag zur Abstimmung.

Darin regt die Initiative an, der Rat möge beschließen, in den Arrestzellen des Alten Rathauses eine Mahn- und Erinnerungsstätte an die Verbrechen der Nazi-Zeit einzurichten.

Zur einer Entscheidung wird es nicht kommen, weil die CDU das Thema an den Kulturausschuss weitergeben möchte.

CDU für Neukonzeption

Gegen-Antrag zu den "Ge-Denk-Zellen": Museum soll Räume für die Zeit von 1933 bis '45 überarbeiten. Auch SPD pocht auf wissenschaftliche Begleitung

29.04.2008 / Kultur Lokal / Lüdenscheider Nachrichten

LÜDENSCHIED Die Museumsräume über die Jahre 1933 bis '45 sollen neu konzipiert werden. Diesen Vorschlag bringt die CDU-Fraktion in der Ratssitzung am Montag als Antrag ein. Damit lehnt die Union die Einrichtung von "Ge-Denk-Zellen" im Alten Rathaus eindeutig ab und formuliert einen Gegen-Entwurf zum Antrag des Initiativkreises für eine solche Mahnstätte.

Im CDU-Antrag heißt es: "Zur Einrichtung einer Mahn- und Gedenkstätte im Alten Rathaus müssen wissenschaftlich fundierte Tatsachenbeweise erbracht werden, die einen Zusammenhang zwischen dem Aufenthalt in den Arrestzellen und einem weiteren Verbringen in ein Vernichtungslager mit Todesfolge dokumentieren." Deshalb wollen Fraktionschefin Christel Gabler und ihre Parteikollegen "die beiden angesehenen Historiker Lüdenscheids, Dr. Dietmar Simon und Dr. Eckhard Trox", mit Nachforschungen zu diesem Thema beauftragen. In den Arrestzellen im Keller des Alten Rathauses seien nicht nur während der Nazi-Zeit "Personen kurzfristig festgehalten" worden. "Von Verbrechen jedoch - wie kürzlich ungeprüft behauptet - ist bisher nichts bekannt", argumentiert die CDU.

Andererseits sei "allseits bekannt und auch wohl unumstritten", dass die Museumsausstellung über die Jahre 1933 bis 1945 dringend überholt werden müsse. Genau diesen Schritt sieht die CDU nun als den richtigen Weg an.

Die SPD-Fraktion halte das Projekt "Ge-Denk-Zellen" grundsätzlich "für unterstützenswert", sagte Harald Metzger. Offen sei für seine Fraktion, ob die "Ge-Denk-Zellen" Teil der städtischen Museen oder als eigenständiges Projekt der Initiative realisiert werden. Doch auch Metzger betont: "Wir halten eine wissenschaftliche Begleitung für unerlässlich." Vielleicht könne sich ja auch die Fernuni an dem Projekt beteiligen, überlegt der SPD-Fraktionschef. Darüber hinaus müsse die Ausstellung ganz besonders auf junge Menschen ausgerichtet sein, meinte Metzger. Nach einer Entscheidung am Montag im Rat könne der Kulturausschuss über das weitere Procedere beraten und damit auch die künftige Richtung vorgeben.

Die Lüdenscheider Liste (LL) hält eine Abstimmung am Montag für verfrüht. Wie Ratsherr Gerhard Schnell nach der jüngsten Fraktionssitzung mitteilte, will auch die LL Dr. Trox und Dr. Simon damit beauftragt sehen, ein Meinungsbild zum Thema abzugeben, das dann im Kulturausschuss debattiert und mit einer Empfehlung für den Rat versehen wird. Und: Es sollen nach Ansicht der LL auch Zeitzeugen in die Diskussion einbezogen werden. Denn: "Bisher ist das alles doch noch recht nebulös."

Die FDP schließlich äußert sich kurz und knapp zum Thema "Ge-Denk-Zellen": "In dieser Form halten wir das nicht für unterstützenswert", erklärte Fraktionschef Bruno Schwarz. **wil/bja/cob**

"Viele Dokumente in Kopie"

Ein kleiner Museumsraum beleuchtet die Zeit um die Jahre 1933 bis '45.

30.04.2008 / Kultur Lokal / Lüdenscheider Nachrichten



LÜDENSCHIED Dicht an dicht stehen die Informationen an den grauen Tafeln an den Wänden. Und dennoch hastet der Betrachter quasi im Schnelldurchlauf vom Kaiserreich über Weimar in die Nazizeit und in die Details von Judenverfolgung und Arbeitslager Hunswinkel. Eine gerettete jüdische Schrift - die Thora - liegt in der Mitte des Raumes unter Glas. Vor den Fenstern steht ein alter Stadtplan Lüdenscheids. Das aber ist bisher alles.

Mehr gibt es in den Museen der Stadt nicht über die Zeit von 1933 bis '45 zu sehen.

Die CDU will das ändern, stellt am Montag im Rat einen Antrag für eine Neukonzeption dieses kleinen Museums-Teils - als Reaktion auf den Antrag der Initiative "Ge-Denk-Zellen". Der bittet die Politik um die Einrichtung einer Mahnstätte im Alten Rathaus.

Dass die Dauerausstellung im Museum überarbeitet werden müsste, steht auch für den Kulturdezernenten außer Frage. Doch Wolff-Dieter Theissen verweist auf LN-Nachfrage zunächst einmal auf die finanzielle Situation der Stadt. Andererseits gebe es mittlerweile neue Erkenntnisse über die Nazizeit in Lüdenscheid. Der Museumsraum stammt wie die gesamte Ausstellung aus dem Jahr 1988. Wolff-Dieter Theissen erwähnt in diesem Zusammenhang nicht nur, aber vor allem auf "Lockung und Zwang". Die seinerzeitige Bürgermeisterin Lisa Seuster stieß das Projekt 1995, 50 Jahre nach Kriegsende, an. 1999 hieß es im Begleitband zur Ausstellung ebenfalls schon, es gebe einen "Raum im Museum, der in seiner formalen Gestaltung keinem der anderen Räume gleicht und viele Dokumente in Kopie, aber kaum Objekte bietet." Theissen unterstreicht aber auch: "Man kann die Jahre 1933 bis '45 nicht losgelöst vom Rest der Geschichte sehen sondern müsste es etwas weiter fassen." Doch der Dezernent unterstreicht auch: Das entscheide die Politik. **bja**

"Ge-Denk-Zellen" heute Thema im Rat der Stadt

05.05.2008 / Lokalausgabe / Westfälische Rundschau

Der "Initiativkreis **Ge-Denk-Zellen**" regt bekanntlich an, die ehemaligen Arrestzellen der Polizei im Alten Rathaus baldmöglich in eine Mahn-, Gedenk- und Dokumentationsstätte umzuwandeln und dort eine Dauerausstellung über die Zeit des Nationalsozialismus in Lüdenscheid zu realisieren. Zeitgenössisches und aussagekräftiges Material zur Bestückung einer solchen Ausstellung sei vorhanden ...

Lüdenscheid: Rat beschäftigt sich mit NS-Dauerausstellung

Radio MK / gemeldet am 5. Mai 2008 um 07:22 Uhr

Der Rat der Stadt Lüdenscheid befasst sich heute unter anderem mit einer möglichen Dauerausstellung über die NS-Vergangenheit der Stadt.

Die Ausstellung soll in den ehemaligen Arrestzellen der Polizei im Keller des Alten Rathauses zu sehen sein.

Mitorganisator ist unter anderem der Initiativkreis "Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus".

Im Rahmen der Ausstellung soll unter anderem auch der kleine Widerstand vieler Lüdenscheid Bürger dokumentiert werden.

Im Keller des Alten Rathauses befanden sich zur NS-Zeit fünf Haftzellen.

Kompromiss aus dem Nebenraum

Politik beschließt Museum-Variante und wissenschaftliche Prüfung

05.05.2008 / Kultur Lokal / Lüdenscheider Nachrichten • Von Björn Althoff

LÜDENSCHIED Sie mussten zwar erst zur separaten Besprechung ins Nebenzimmer. Dort aber einigten sich die Lokalpolitiker auf eine Formulierung. Die ständige Museumsausstellung über die Jahre 1933 bis '45 soll überarbeitet werden. Eine Historiker-Gruppe soll darüber hinaus nach wissenschaftlichen Methoden untersuchen, wie die Arrestzellen im Alten Rathaus zu bewerten sind, ob die Einrichtung von "Ge-Denk-Zellen" dort sinnvoll und wünschenswert sei. In dieser Gruppe sollen unter anderem sitzen: Museumsleiter Dr. Eckhard Trox, Dr. Dietmar Simon sowie Matthias Wagner vom Initiativkreis "Ge-Denk-Zellen".

Wagner hatte zunächst ein engagiertes Plädoyer für die Einrichtung der Gedenkstätte im Alten Rathaus gehalten. Dass Lüdenscheider dort ihrer Freiheit gewaltsam beraubt wurden, sei der "entscheidende Schritt" hin zu Deportation, KZ-Haft und Tod gewesen.

In der Folge bemühten sich die Politiker, bei diesem heiklen Thema eine Kampfabstimmung zwischen dem CDU- und dem SPD-Antrag zu vermeiden. Die Union bestand von vorneherein auf die Namen Dr. Trox und Dr. Simon und hatte dabei auch die Lüdenscheider Liste (LL) auf ihrer Seite. Sozialdemokraten und Grüne allerdings sprachen sich zunächst gegen konkrete Namen aus und wünschten die Mitwirkung des Initiativkreises.

Die zweite Frage: Soll die Möglichkeit von "Ge-Denk-Zellen" bei der historischen Überprüfung pauschal ausgeschlossen werden oder nicht? SPD und Grüne unterstrichen: Nein. Wobei SPD-Fraktionschef Harald Metzger ergänzte: "Prüfung bedeutet auch, dass es eine Nullvariante gibt." Norbert Adam, CDU-Ratsherr und Vorsitzender des Kulturausschusses, vermutete dennoch im SPD-Antrag eine "Präjudizierung". Und so sah es nach Kampfabstimmung aus, bis Bürgermeister Dieter Dzewas vorschlug, dass man doch erst mal in kleinem Kreis nach nebenan gehen könne.

Mit dem Kompromiss, der dort geboren wurde, musste sich letzten Endes auch der Initiativkreis zufrieden geben. So sprach Matthias Wagner nach der Sitzung denn auch von "vielen kleinen Schritten", die vielleicht zum Ziel führen könnten - auch wenn er dabei nicht recht glücklich aussah.

Wie es weitergeht, entscheidet sich in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses.

Für eine Lösung im Museum

Geschichts- und Heimatverein

05.05.2008 / Kultur Lokal / Lüdenscheider Nachrichten – von Björn Althoff

- Artikel nicht online -

Zusammenfassung: Hartmut Waldminghaus erneuert nach dem Ratsbeschluss die Forderung des Geschichts- und Heimatvereins, eine Lösung zu den Arrestzellen im Alten Rathaus im städtischen Museum anzusiedeln. Er findet, eine Gedenkstätte müsse „schon der Sache nach“ im städtischen Museum angesiedelt

werden...

Eine Chance für Dauerausstellung in Ge-Denk-Zellen

06.05.2008 / Lokalausgabe / Westfälische Rundschau - Von Florian Hesse

So kommentierte gestern der Historiker Matthias Wagner den einstimmigen Ratsbeschluss zum Antrag der Initiative. Der Entscheidung zugrunde lagen zwei Anträge von CDU und SPD, die in zwei Punkten deckungsgleich waren: So soll die vorhandene ständige Ausstellung in den städtischen Museen über den entsprechenden Zeitraum neu konzipiert werden. Außerdem soll der Kulturausschuss die weitere Federführung bei der Konkretisierung des Projekts übernehmen.

In einem weiteren Punkt gab es Verhandlungsbedarf: Die SPD wollte "Historiker und Vertreter der Initiative" damit beauftragen zu prüfen, "wie" die ehemaligen Arrestzellen in die Ausstellung eingebunden werden können. Die CDU hingegen hatte konkret den Leiter der Museen, Dr. Eckhard Trox und den Historiker Dietmar Simon für die historische und wissenschaftliche Bewertung benannt.

Im Ergebnis sollen nun Trox, Simon und Matthias Wagner für den Initiativkreis "**Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus**" die Umsetzbarkeit prüfen, lautete der Kompromiss, der nicht zuletzt auf Vorschlag von Angelika Linnepe (Lüdenscheider Liste) zustande kam.

Im Vorfeld war diese Lösung nicht abzusehen und erwartet worden, die Entscheidung würde noch einmal zur Beratung in den Fraktionen vertagt. Spürbar war allerdings das Bemühen um einen Konsens zum "hochsensiblen Thema" - die Gedenkstätte zur Gewaltherrschaft der Nazis sollte nicht zum Politikum hochkochen.

Der gestrige Beschluss bedeutet aber andererseits keine Garantie dafür, dass der frühere Zellentrakt der Polizei tatsächlich zur Gedenk- und Informationsstelle wird. Es gebe "keinen Automatismus", so SPD-Fraktionschef Harald Metzger. Handlungsbedarf in Sachen Geschichts-aufarbeitung gibt es aber auf jeden Fall. Seit gestern ist auch klar, dass die momentane Ausstellung in den Museen aufgearbeitet werden soll, weil sie zumindest ergänzungsbedürftig sei.